

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

1. Betreff: Überprüfung von Straßennamen

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Kulturausschuss	23.02.2015	öffentlich
1. Gemeinderat	23.03.2015	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Kulturausschuss nimmt den Bericht des Stadtarchivs zur Überprüfung der Straßennamen zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Gemeinderat, der vorgeschlagenen Vorgehensweise zuzustimmen:

1. Alle in Kategorie 1, 2 und 4 aufgeführten Straßennamen werden beibehalten.
2. Die Entscheidung über die Beibehaltung oder Umbenennung des der Kategorie 3 zugeordneten Straßennamens „Hindenburgstraße“ wird zur Beratung zurückgestellt.
3. Der Fachbereich Kultur erhält den Auftrag, einen öffentlichen Informations- und Diskussionsabend zum Thema „Hindenburgstraße“ mit Fachhistorikerinnen/Fachhistorikern und Bürgerinnen/Bürgern durchzuführen.
4. Die Verwaltung wird nach Abwägung aller Argumente, die sich aus diesem Diskussionsprozess ergeben sowie der weiteren Konsequenzen einer Straßenumbenennung, dem Kulturausschuss und Gemeinderat eine Vorlage zur Entscheidung über die Beibehaltung oder Umbenennung der Hindenburgstraße vorlegen.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Sachverhalt/Begründung:

1. Anlass

Seit einigen Jahren wird in Städten und Gemeinden über den Umgang mit national-sozialistisch belasteten Straßennamen intensiv und leidenschaftlich diskutiert. Die Entscheidungen über die Konsequenzen (z.B. Umbenennung, Beibehaltung, Zusatzbeschriftung), die aus den teilweise kontrovers geführten Debatten hervorgegangen sind, fallen von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich aus.

Die Verwaltung hat dazu in der Kulturausschusssitzung vom 23.9.2013 (184/13) ausführlich berichtet und betont, dass sich Offenburg als „Freiheitsstadt“ in der jüngsten Vergangenheit stets mit kritischen Themen der Stadtgeschichte auseinandergesetzt hat und sich auch dieser neuen Debatte nicht verschließen will.

Diskussionen um Umbenennungen von Straßen sind Teil der demokratischen Geschichtskultur und es sollte darüber durchaus auch öffentlich diskutiert und gestritten werden.

Der Kulturausschuss stimmte mehrheitlich dem Vorschlag zu, alle Offenburger Straßennamen einer kritischen historischen Überprüfung nach NS-belastenden Hintergründen zu unterziehen.

Die Untersuchungsergebnisse legt das Stadtarchiv nachfolgend vor.

2. Grundsätzliches zum Thema

Straßennamen dienen Bewohnern und Besuchern eines Ortes in der Regel zunächst zur räumlichen Orientierung. Personen- und Ortsnamen sollen die Erinnerung wach halten und das Gedenken fördern und ehren. Wir können sie deshalb wie Denkmäler, Archive und Museen als „Gedächtnisspeicher“ des „kollektiven Gedächtnisses“ betrachten.

Diese Tatsache darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Straßennamen nicht das Gedächtnis einer Stadt darstellen, sondern zunächst nur die Erinnerung der Namen vergebenden Gruppen, Institutionen und Einrichtungen zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt abbilden. Gemeinsame Erinnerungen und das kollektive Gedächtnis sind nicht statisch, werden vielmehr immer wieder neu ausgehandelt und festgelegt. Die politischen Verhältnisse und der Zeitgeist unterliegen Wandlungen, ebenso das Selbstverständnis der nachfolgenden Repräsentanten von Gemeinden und Städten. Damit begibt man sich gelegentlich auch auf „vermintes geschichtspolitisches Terrain“.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

In der Phase der Entnazifizierung im Mai 1945 wurden in Offenburg, wie in allen anderen deutschen Kommunen, so gut wie keine NS-spezifischen Namen von Straßen übersehen. Dies lag an mehreren Umständen: dem Willen der deutschen Behörden, das NS-Erbe so schnell als möglich zu tilgen, dem Wunsch der Bevölkerung, das Dritte Reich rasch hinter sich zu lassen und an der strikten Politik der Alliierten, NS-Symbolik und NS-Ideologie aus der Öffentlichkeit zu bannen.¹

Die jüngste Umbenennungsdiskussion ist vor allem Ausdruck eines sich verändernden Gedenkens an und der veränderten Sichtweise auf die NS-Zeit, des Verständnisses von gesellschaftlichen Umgangsweisen in der Diktatur, von Tätern, Opfern und Profiteuren der NS-Politik. Die Geschichtsforschung ist in den letzten Jahrzehnten zur Erkenntnis gelangt, dass die Trennung zwischen einem scheinbar unpolitischen „Normenstaat“ und einem von nationalsozialistischen Organisationen und Verbänden getragenen verbrecherischen „Maßnahmestaat“ (Eberhard Jäckel) nicht aufrecht erhalten werden kann. Neuere Studien zeigen vielmehr, dass das Ineinanderverwirken von Staat und Partei nicht zu einem polykratischen Chaos führten; im Gegenteil: Konkurrenz und Wettbewerb innerhalb und zwischen staatlichen Behörden und Parteiinstitutionen um die „bessere“ Durchsetzung nationalsozialistischer Politik erhöhte geradezu Effektivität und Stabilität des NS-Regimes.

Damit wird klar, dass während des Dritten Reiches Antriebskräfte auch aus der (soziologischen) Mitte der Gesellschaft kamen. Es geht um Wissenschaftler, Unternehmer, Literaten und Personen, um Persönlichkeiten vorwiegend aus dem nationalkonservativen und völkischen Spektrum.

Der vorliegende Bericht gibt keine moralische Beurteilung der Namensgeber ab, dies ist nicht Aufgabe eines Historikers, sondern beschäftigt sich mit der Frage, ob sich unter den Namensgebern Persönlichkeiten befinden, **die aufgrund ihrer politisch entscheidenden Position NS-Unrechtsmaßnahmen ermöglicht oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder im Rahmen der Gewaltherrschaft begangen haben.**

Das Archiv ist sich im Klaren, dass alle heute von uns kritisch beurteilten Verhaltensmuster und (Fehl-)entscheidungen zu unserer Geschichte gehören, von der man sich weder durch Verdrängung noch Entsorgung verabschieden kann. Historiker müssen das individuelle Handeln generell vor dem Hintergrund zeitgenössischer Moral und Rechtsprinzipien betrachten und nicht aus heutiger Sicht. Ein schwieriges Unterfangen! Das Archiv ist bei der Beurteilung mit Vorsicht und Augenmaß vorgegangen, denn es ist nicht unsere Aufgabe zu richten.

¹ Peter Poguntke: Braune Feldzeichen. Stuttgarter Straßennamen in der NS-Zeit und der Umgang nach 1945, 2011, S.126.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Die Quellenlage ermöglicht nicht in allen Fällen eine vollständige Abwägung. Es gibt teilweise lückenhafte Befunde, individuelle Verhaltensweisen und Äußerungen, die unterschiedlich interpretiert werden.

Ein Beispiel: Die Mitgliedschaft einer Person in der NSDAP sagt, isoliert betrachtet, über deren politische Gesinnung bzw. deren potenzielle Verstrickung in das NS-System zunächst wenig aus. Einerseits können sich Nicht-Parteimitglieder an Verbrechen beteiligt haben, andererseits gibt es Parteimitglieder, die insgeheim dem Kreis der politisch Verfolgten angehörten. Der Parteieintritt erfolgte oft auch aus Karrieregründen. Auch muss bedacht werden, dass selbst Personen des Widerstands in der Anfangsphase des NS-Regimes vom NS-Staat begeistert waren oder zu partiellen Zugeständnissen bei der Zusammenarbeit mit dem Regime gezwungen waren, um nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Familie oder die Mitverschworenen zu schützen. Es begegnen uns Persönlichkeiten, die ein äußerst ambivalentes Verhältnis zu dem NS-Staat pflegten oder sich aufgrund des starken politischen Drucks der Partei oder von einzelnen Nationalsozialisten in einer schwierigen persönlichen Situation befanden, die heute schwer zu beurteilen ist.

Heute ist unbestritten, dass infolge der NS-Amnestierung der Anteil der NS-belasteten Deutschen in den Führungsebenen von Behörden, Verbänden und Ministerien in den Anfangsjahren der Bundesrepublik sehr hoch war. Die Bundesrepublik bleibt, so der Historiker Peter Reichel, zwar für alle Zeit mit dem Makel behaftet, *„dass sie nicht von Anfang an die Republik der Regimegegner, NS-Verfolgten und Emigranten war und dies auch in den ersten zwanzig Jahren nach ihrer Gründung nicht wurde.“* Die aber, so Reichel, hätte ihre Selbstbefreiung zur Voraussetzung gehabt. Dafür waren die Kräfte des Widerstands zu schwach, die Anpassungsbereitschaft und der „volksgemeinschaftliche Durchhaltewille“ bis zuletzt zu groß.²

3. Ergebnisse - Vorschläge

3.1. Vorgehensweise und Kriterien

Im Rahmen der Untersuchung der 757 Offenburger Straßennamen³ erstellte das Archiv eine Ausgangsliste mit 53 Personennamen (= ca. 7% aller Straßennamen). Es handelt sich um Persönlichkeiten, die während der Weimarer Republik und der Zeit des Dritten Reiches lebten und in dieser Zeit gewirkt haben; d.h. ausgewählt wurden alle Namensgeber, die nach 1840 geboren wurden und nach 1933 starben. Zusätz-

² Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, 2007

³ Gernot Kreutz: Die Straßennamen in Offenburg. Herkunft und Bedeutung, 2002

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

lich untersuchte das Archiv alle Benennungen nach Straßen, die zwischen 1933 und 1945 vorgenommen wurden.

2013/14 erfolgte eine Auswertung der Fachliteratur sowie der Spruchkammerakten des Staatsarchivs Freiburg und Stadtarchivs Offenburg, ebenso in Einzelfällen von Akten des *Berlin Document Centers* im Bundesarchiv in Berlin und im Besatzungsarchiv in La Courneuve im *Centre des Archives diplomatiques*.

Die zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist: Wo bestimmt man heute die Trennlinien und Schnittmengen zwischen dem für alle Untaten des Dritten Reiches verantwortlichen radikalen Kern der Nationalsozialisten um Hitler, deren Straßennamen 1945 sofort getilgt wurden, und einer großen Mehrheit „Unbelasteter“, „Mitläufer“, Karrieristen und Opportunisten? Im Folgenden werden die untersuchten Personen einem Analyseraster unterzogen, das sich an die Unterscheidung von Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Lehrstuhlinhaber am Historischen Seminar der Universität Münster und Mitglied der Kommission zur Begutachtung der Straßennamen in Münster, anlehnt⁴ und diese durch eine weitere Kategorie ergänzt.

Kategorie 1: Die erste Gruppe betrifft diejenigen Personen, über die keine belastenden Archivadokumente vorliegen, die nicht Mitglied der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation waren oder die sich sofort nach der Machtübernahme oder nach einem gewissen Lernprozess der Diktatur aktiv widersetzten. Ebenso handelt es sich um Benennungen nach Opfern und Gegnern des NS-Regimes, die nach 1945 erfolgte.

Kategorie 2: Zu dieser Gruppe gehören diejenigen Namensgeber, die durch ihr Tun einen Beitrag zur Etablierung und Sicherung der Diktatur geleistet haben, ohne sich eines Gewaltverbrechens schuldig zu machen. Es handelt sich zumeist um Persönlichkeiten, die sich ambivalent gegenüber dem NS-Regime verhielten. Nach 1945 haben sie sich in der Bundesrepublik als Demokraten engagiert und wurden aufgrund ihrer Verdienste in der Nachkriegszeit geehrt.

Kategorie 3: Die dritte Gruppe betrifft Personen, die aufgrund ihrer politisch entscheidenden Position NS-Unrechtsmaßnahmen ermöglicht oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen der Gewaltherrschaft begangen haben.

⁴ Ulrich Thamer, Straßennamen in der öffentlichen Diskussion: Der Fall Hindenburg, in: Matthias Frese (Hg.) *Fragwürdige Erinnerungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur*, 2012, S. 255ff.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Kategorie 4: Eine zusätzliche Kategorie ist die Gruppe der während des Dritten Reichs vorgenommenen Straßenbenennungen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 nicht wieder rückgängig gemacht wurden.

3.2. Bewertung der Straßennamen

Die vom Archiv durchgeführte Untersuchung erbrachte folgendes Ergebnis:

Anzahl der Personen	Kategorie	Vorschlag
25	Kategorie 1	Keine Umbenennung
13	Kategorie 2	Keine Umbenennung
1	Kategorie 3	Diskussion über Beibehaltung oder Umbenennung
9	Kategorie 4	Keine Umbenennung
5	Keine Informationen verfügbar	Keine Umbenennung

Ausführliche biografische Daten zu den Personen der **Kategorien 1 bis 4** können der **Anlage zu dieser Vorlage** entnommen werden.

A. KATEGORIE 1 (25 Straßennamen)

Die 25 aufgeführten Namensgeber standen entweder kritisch zum NS-Regime, leisteten Widerstand oder waren Verfolgte des NS-Regimes.

1. Batzer, Ernst, Lehrer, NS-Verfolgter 1882-1938
2. Blumenstock, Walther, von Nationalsozialisten verfolgter Bürgermeister, ging ins Exil 1892-1970
3. Borst, Bernhard, Senator, Architekt 1883-1963
4. Burda, Aenne, Verlegerin 1909-2005
5. Cohn, Esther, Offenburger Jüdin, in Auschwitz ermordet 1926-1944
6. Damaschke, Adolf, Pädagoge 1865-1935
7. Eckener, Hugo, Nachfolger von Graf von Zeppelin 1868-1954
8. Ehlen, Nikolaus, pazifistischer Lehrer und Zentrumspolitiker 1886-1965
9. Einstein, Albert, Physiker und Nobelpreisträger 1879-1955
10. Fendrich, Anton, SPD-naher Schriftsteller, Stadtrat in Freiburg 1868-1949
11. Geck, Adolf, Verleger und SPD-Politiker 1854-1942
12. Heinemann, Gustav, Bundespräsident 1899-1976

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

-
13. Herb, Franz, Bürgermeister v. Zell-Weierbach 1891-1977
 14. Holler, Josef, Jurist, Oberbürgermeister 1881-1959
 15. Meitner, Lise, Jüdische Physikerin und Regimegegnerin 1878-1968
 16. Moltke, Helmuth James Graf von, Jurist, Gründer des Kreisauer Kreis 1907-1945
 17. Müller, Lukas, Journalist 1887-1961
 18. Muser, Oskar, Jurist, liberaler Politiker 1850-1937
 19. Ossietzky, Carl von, Publizist, ermordet im KZ Esterwegen 1889-1938
 20. Schmidt, Franz, Bürgermeister v. Zell-Weierbach 1868-1949
 21. Schneider, Reinhold, kath. Schriftsteller, zählt zum Widerstand, Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1903-1958
 22. Scholl-Geschwister, Studenten, Widerstandskämpfer 1918/1921-1943
 23. Schweitzer, Albert, Arzt, Theologe, Philosoph, Pazifist 1875-1965
 24. Selbert, Elisabeth, Juristin, SPD-Politikerin, Mitglied d. Parlamentarischen Rates 1896-1986
 25. Wiegand, Hertha, Ärztin, NS-Opfer 1890-1944

Vorschlag der Verwaltung:

Die Namensgeber der Kategorie 1 sind aufgrund ihrer Haltung eindeutig nicht Gegenstand einer Umbenennungsdiskussion.

B. KATEGORIE 2 (13 Straßennamen)

Dieser Kategorie wurden 13 Persönlichkeiten zugeordnet. Es handelt sich zumeist um Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, aus dem Kulturbereich und der Wirtschaft sowie um lokal bekannte Persönlichkeiten, über die sowohl be- als auch entlastende Aussagen über ihre Haltung zum NS-Staat überliefert sind.

1. Bögner, Karl, Lehrer und Musiker 1881-1948
2. Bosch, Robert, Unternehmer 1861-1942
3. Burda, Franz, Verleger 1903 -1986
4. Furtwängler, Wilhelm, Dirigent und Komponist 1886-1954
5. Hahn, Otto, Chemiker und Nobelpreisträger 1879-1968
6. Hauptmann, Gerhart, Schriftsteller 1862-1946
7. Huber, Franz, Verleger und Journalist 1886-1958
8. Kähni, Otto, Lehrer, Stadtrat 1900-1975
9. Lehár, Franz, Komponist 1870-1948
10. Philipp, Franz, Direktor der Staatlichen Hochschule für Musik 1890-1972
11. Planck, Max, Physiker und Nobelpreisträger 1858-1947
12. Sauerbruch, Ferdinand, Arzt 1875-1951
13. Schleyer, Hanns-Martin, Unternehmer 1915-1977

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Vorschlag der Verwaltung:

Die Straßenbenennung der meisten Persönlichkeiten der Kategorie 2 erfolgte insbesondere für deren Verdienste nach 1945. Auch wenn sie in einem teilweise ambivalenten oder sogar fördernden Verhältnis zum NS-Regime standen und manche Verhaltensweisen aus heutiger Sicht als fragwürdig bzw. verwerflich betrachtet werden können, haben sie sich keines Verbrechens schuldig gemacht. Eine Umbenennung ist aus der Sicht der Verwaltung daher nicht erforderlich. Weitere Details zu den einzelnen Personen können den ausführlichen Biografien der Personen in der Anlage entnommen werden.

C. KATEGORIE 3 (1 Straßename)

Im Zuge der ersten Entnazifizierungsmaßnahmen wurden bereits unmittelbar nach Kriegsende, im Mai 1945, in Offenburg und den meisten der elf damals noch selbständigen Ortsteilen Straßenbenennungen nach NS-Tätern von den französischen Besatzungsbehörden rückgängig gemacht:

- Adolf-Hitler-Straße
- Adolf-Hitler-Platz
- Horst-Wessel-Platz
- Horst-Wessel-Straße
- Leo-Schlageter-Straße
- Otto-Wacker-Straße
- Platz der SA
- Robert-Wagner-Straße

Als einziger Namensgeber der Kategorie 3 verbleibt demnach **Paul von Hindenburg**, dessen politische Vita im Folgenden ausführlicher behandelt wird.

Als Reichspräsident Paul von Hindenburg 1927 zum 80. Geburtstag flächendeckend in Deutschland, so auch in Offenburg, eine Straße gewidmet worden war, konnten die Namensgeber noch nicht wissen, welche weitere geschichtspolitische Bedeutung Hindenburg nach 1933 erlangen würde. Die Hindenburg-Huldigung setzten die Nationalsozialisten zwischen 1933 und 1938 fort. So wurde nach Hindenburg⁵ in Bohlsbach, Elgersweier, Griesheim und Zell-Weierbach, neben Hitler, Gauleiter Robert Wagner, Kultusminister Otto Wacker, Horst Wessel und Leo Schlageter, eine Straße benannt.

⁵ Die Hindenburgstraßen wurden nach den Eingemeindungen umbenannt, um Doppelungen mit der Kernstadt zu vermeiden.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Im Unterschied zu den 13 Persönlichkeiten der Kategorie 2 stand Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg in der politischen Hierarchie „ganz oben“. Als Reichspräsident verfügte er in der Weimarer Republik verfassungsmäßig über herausragende politische Machtbefugnisse, auch in den beiden entscheidenden Anfangsjahren des Dritten Reiches.

Die Deutungs- und Streitgeschichte zu Paul von Hindenburg dauert bis heute an. Dabei war lange Zeit unklar, wer denn nun eigentlich geehrt wurde: Der Weltkriegsgeneral oder der Reichspräsident? Sein ungewöhnlicher Lebensweg vom bereits 1911 verabschiedeten General zum Weltkriegsheroen und Stichwortgeber der „Dolchstoßlegende“, dann zum Symbol nationaler Einheit und schließlich zum Reichspräsidenten, der wie der Historiker Hans-Ulrich Thamer schreibt, *„am Ende Adolf Hitler den Weg ebnete, führte durch die dramatischsten Epochen der neuesten deutschen Geschichte und erhält dadurch seine Brisanz und Widersprüchlichkeit, die unsere Erinnerung bis in die Gegenwart prägt“*⁶.

Nicht wenige, wenn auch längst nicht alle Repräsentanten traditioneller Machtgruppen, deren Galionsfigur Hindenburg war, haben wissentlich oder unwissentlich der freiheits- und menschenrechtszerstörenden Diktatur den Weg geebnet und haben zu ihrer Legitimierung beigetragen. Daher ist die Frage zu stellen, wie man in einem demokratischen Staat mit einer solchermaßen belasteten Tradition umgehen soll, da sich die Bundesrepublik um eine *„strikte normative und allmählich auch praktisch-politische Abgrenzung von Diktatur bemühte und darauf das politische Selbstverständnis der nachdiktatorischen Ordnung gründete.“*

Spätestens mit der großen Hindenburg-Biographie des Stuttgarter Ordinarius Wolfram Pyta⁷ ist die zentrale Rolle Hindenburgs bei der Auflösung der Weimarer Republik und dem Brückenschlag zur Diktatur unübersehbar geworden; ein Urteil, das der Städtetag Baden-Württemberg (27.2.2012, Az.021.43-R19801/2012) teilt. Der Historiker betreibt in seiner Studie weder Verdammung noch Heldenverehrung, verdeutlicht aber Hindenburgs wesentliche Beteiligung an der propagandistischen Verbreitung der sog. „Dolchstoßlegende“. Hindenburg, seit 1916 Chef der Obersten Heeresleitung, gelang es, gemeinsam mit Erich Ludendorff die Öffentlichkeit davon abzulenken, dass er sich aus der politischen Verantwortung geschlichen und die Schuld für die Niederlage anderen in die Schuhe geschoben hatte. Die sogenannte Dolchstoßlegende behauptet, dass das deutsche Heer "im Felde unbesiegt" geblieben sei und schreibt die Niederlage des Reiches den Sozialdemokraten und Kommunisten zu, die den Soldaten an der Heimatfront in den Rücken gefallen seien. In der vom Krieg traumatisierten Gesellschaft der Weimarer Republik gewann diese These zahlreiche Anhänger und half, die ohnehin geringe Akzeptanz der jungen Demokratie weiter zu unterminieren. Den rechtsradikalen Mördern des Zentrums politiklers Matthias Erzber-

⁶ (Wie Anm. 4) Thamer, S. 253.

⁷ Wolfram Pyta: Hindenburg, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, 2009

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von: Tel. Nr.:
Dr. Wolfgang Gall 82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

ger bei Bad Griesbach (1921) lieferte die Dolchstoßlegende die ideologische Begründung ihrer Tat. Beide Täter kamen frei, nachdem Hindenburg sie amnestiert hatte, und wurden im Dritten Reich als Volkshelden gefeiert.

Doch letztendlich entscheidend für die Bewertung Hindenburgs ist in diesem Falle sein politisches Handeln unmittelbar vor und nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler. Hindenburg war keineswegs der „*ehrliche Makler zwischen rechts und links*“, wie dies in der Vergangenheit immer dargestellt wurde, und auch nicht senil und unfähig, sein eigenes Handeln zu übersehen. Mit erdrückendem Quellenmaterial weist Pyta nach, dass die Eingriffe Hindenburgs als Reichspräsident in das politische Geschehen, das zur Diktatur führte, sehr bewusste Akte eines zielgerichteten Handelns waren. Das Ziel seines politischen Handelns war nach Ansicht von Pyta ein Bündnis mit Hitler.



Abb.: Wahlplakat in Offenburg zur Reichstagswahl 1933

Mit seiner späteren Unterschrift zum Ermächtigungsgesetz legte Hindenburg den Grundstein dafür, dass Hitler einen Terrorstaat errichten und seine Judenvernichtungspläne verwirklichen konnte. Zudem akzeptierte Hindenburg die Ermordung der SA-Führung und deutsch-nationaler Oppositioneller. Er bewahrte zudem nicht

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

einmal seinen eigenen Regimentskameraden, den von ihm ernannten Reichskanzler General Kurt von Schleicher, 1934 vor dessen Tod. Als ihn Hitler am 3. Juli 1934 aufsuchte und über die Niederwerfung des „Röhm-Putsches“ informierte, stellte sich Hindenburg demonstrativ auf Hitlers Seite und dankte ihm dafür, dass dieser das Vaterland vor „schwerem Schaden bewahrt“ habe.⁸

In seinem politischen Testament (11. Mai 1934) schrieb Hindenburg unmissverständlich:

„Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan (...) Ich scheidet von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.“⁹

Damit enthält Hindenburgs politisches Vermächtnis eine klare Aussage darüber, wen er für berufen hielt, sein politisches Erbe anzutreten. Kein anderer als ein Kanzler Adolf Hitler kam dafür in Betracht, und zwar ohne dass er dafür der Reichspräsidentschaft bedurfte, die historisch in dem Moment überholt war, in dem die staatliche Ordnung der Weimarer Republik überwunden war und nur als Fassade weiter existierte. Adolf Hitler brauchte das Testament Hindenburgs nicht verfälschen, denn dieser hatte ganz bewusst Hitler ermächtigt, mit seinen letzten politischen Willensbekundungen nach eigenem Ermessen zu verfahren.

Im Gegensatz zu Karlsruhe und Stuttgart wurde die Hindenburgstraße in Offenburg 1945 nicht umbenannt.¹⁰ Die Hindenburg-Debatte in Stuttgart wurde damals mit ähnlichen Argumenten ausgefochten wie heute. *„Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß das staatsmännische Versagen Hindenburgs unmittelbar die sogenannte Machtergreifung Hitlers ermöglicht hat. Der Mangel an Weitblick und die Engherzigkeit seiner parteipolitischen Bindung an die sogenannten nationalen Kreise hat Hindenburg über das Gebot der Stunde hinweggehen lassen.“* Insgesamt wurden in Stuttgart Ende 1946 acht „Hindenburgstraßen“ entfernt.

⁸ (Wie Anm. 7), S. 851

⁹ Werner Maser, Hindenburg, Eine politische Biographie, 1990., zit. aus: Wolfram Pyta, S. 867

¹⁰ Birgit Seitz: Straßenumbenennungen in Offenburg zwischen 1933 und 1938, in: Die Ortenau 77 (1997); Wolfgang M. Gall: Die Stadtverwaltung Offenburg zwischen Zusammenbruch und demokratischem Neuanfang in Offenburg 1945-1947, in: Stadt und Demokratie, Karlsruhe, (Hrsg.) Ernst Otto Bräunche u. Peter Steinbach, 2014 - sowie Stadtarchiv Offenburg

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Die Hindenburg-Diskussion findet derzeit in vielen deutschen Kommunen statt. Die Diskussionen verlaufen kontrovers, die Ergebnisse fallen unterschiedlich aus. Bühl, Münster, Hamburg und Schleswig haben sich für eine Umbenennung entschieden. Garmisch-Partenkirchen, Rastatt und Ravensburg dagegen. In Bonn, Darmstadt und Schwäbisch Gmünd finden heftige öffentliche Diskussionen über eine Umbenennung statt.

Vorschlag der Verwaltung:

Im Fall „Hindenburg“, dem einzigen verbliebenen Namen der Kategorie 3, sprechen die historischen und politischen Argumente mehrheitlich für einen kritischen Umgang mit dem Straßennamen. Die Verwaltung ist der Ansicht, dass wir in Offenburg offen und sachlich über die Schlussfolgerung dieser Einschätzung diskutieren können und sollten.

D. KATEGORIE 4 (9 Straßennamen)

Neun weitere Benennungen, die zwischen 1933 und 1945 vorgenommen wurden, nahm die Stadtverwaltung 1945 nicht zurück.¹¹ Bei der ersten Gruppe handelt es sich um das sogenannte „Fliegerviertel“. Im Zuge des Neubezugs des Wohnviertels in der Südoststadt schlug die Offenburger Stadtverwaltung 1936 vor, gemäß den nationalsozialistischen Vorgaben die Straßen – wie in Freiburg – nach „berühmten Kriegsfliegern“ zu benennen. Beide Städte sind die einzigen Kommunen in der Rheinebene, die heute noch über ein solches Viertel verfügen. Die „Helden des Ersten Weltkriegs“ kamen den Nationalsozialisten gerade recht: Einerseits konnte sich an ihnen das durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg immer noch stark gebeutelte Selbstbewusstsein aufrichten. Zum anderen eigneten sich gerade die „Flieger“ besonders zur Heroisierung und Idealisierung. Die Stadtverwaltung behielt die Straßennamen bei, die französischen Behörden gaben die Zustimmung. Während die „Flieger“ noch Ende der 1980er Jahre als Symbol des Militarismus und Nationalismus betrachtet wurden, erfahren sie heute wieder einen Bedeutungswandel. Unter dem Eindruck des 100. Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkrieges stehen sie als Symbol für die europäische Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts.

1. Boelcke, Oswald, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Saale, 1891-1916
2. Immelmann, Max, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Dresden, 1890-1916
3. Oehler, Karl-Josef, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Nordrach, 1889-1917
4. Richthofen, Manfred von, Jagdflieger, im 1. Weltkrieg gefallen, geb. in Breslau 1892-1918

¹¹ (Wie Anm. 10) sowie Akten Stadtarchiv

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Kultur

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
22.01.2015

Betreff: Überprüfung von Straßennamen

Weitere vier Benennungen wurden in der Zeit des Nationalsozialismus vorgenommen.

5. Bauer, Wilhelm, Direktor der Spinnerei und Weberei und Gemeinderat (1864-1932)

Die Benennung der Straße wurde vom Stadtrat unmittelbar nach dessen Tod 1932 bereits beschlossen und 1933 vollzogen.

sowie 6. Prinz-Eugen-Straße

Mit den folgenden drei Benennungen wurden die Ansprüche Deutschlands gegenüber den französischen Gebieten mit einem Straßennamen verankert. Alle drei Namen wurden 1945 nicht revidiert. Die Stadt Stuttgart hat 1945/46 alle in diesem Kontext vorgenommenen Straßenbenennungen wieder getilgt. Heute nimmt vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Versöhnung niemand mehr daran Anstoß und vermutet revanchistisches Gedankengut.

7.Saarland-Straße - Umbenennung der Republikstraße (1925) im Jahr 1935

8.Straßburger-Straße - Benennung 1935

9.Vogesenstraße - Benennung 1936

Vorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung ist der Ansicht, die neun Straßennamen beizubehalten, da sie heute, anders als zur Zeit der Benennung, konnotiert werden können.

E. OHNE KATEGORIE (5 Straßennamen)

Zu fünf Namen können wegen lückenhafter Überlieferung über die Zeit 1933-45 keine Aussagen gemacht werden.

1. Anselment, Sigismund, Lehrer 1883-1966

2. Hermann, Hermann, Oberbürgermeister 1859-1943

3. Stier, Adam, Priester 1854-1935

4. Wacker, Wilhelm, Priester 1888-1972

5. Hund, August, Physiker 1887-1952

Vorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung ist der Ansicht, die fünf Straßennamen beizubehalten.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

162/14

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, KulturBearbeitet von: Tel. Nr.:
Dr. Wolfgang Gall 82 2557Datum:
22.01.2015Betreff: Überprüfung von Straßennamen

4. Weiteres Vorgehen und Erläuterung des Beschlussantrages

Die Verwaltung schlägt dem Kulturausschuss vor, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Straßennamen der Kategorie 1, 2 und 4 beizubehalten, da sich keiner der Namensgeber an einem Verbrechen während des Dritten Reiches beteiligt hat.

Im Fall des Straßennamens „Hindenburgstraße“, dem einzigen verbliebenen Namen der Kategorie 3, sprechen die historischen und politischen Argumente für einen kritischen Umgang.

Die Verwaltung ist der Ansicht, dass in sachlicher und öffentlicher Form über die Schlussfolgerung dieser Einschätzung diskutiert werden kann und soll. Vor einer endgültigen Entscheidung des Gemeinderats über eine Umbenennung oder Beibehaltung des Straßennamens sollen im Rahmen **einer öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung** zum einen die Rolle von Hindenburg im und für den Nationalsozialismus fachlich beleuchtet sowie Pro- und Kontra-Argumente vorgetragen und abgewogen werden. Gleichzeitig soll diese Veranstaltung eine **intensive Bürgerbeteiligung** ermöglichen, bei der auch alle weiteren Konsequenzen einer Straßenumbenennung dargestellt, diskutiert und abgewogen werden können.